

## Kindergärten und soziale Gerechtigkeit

(Bruchköbel/jgd) - Bei der Stadtverordneten-Versammlung am 24.3.2015 erläuterte SPD-Fraktionsmitglied Dana Pastor den Standpunkt der SPD zur Gebührensatzung der Kindertagesstätten. Die SPD fordert zusammen mit FDP und Grünen unter anderem eine Berücksichtigung der Einkommen der Eltern (der BK berichtete). Was darunter genauer zu verstehen ist, schilderte Frau Pastor vor der Versammlung. Der BK dokumentiert Auszüge aus ihrer Rede. Die Abschrift der vollständigen Rede findet sich auf der Homepage der SPD ([www.spd-bruchkoebel.de](http://www.spd-bruchkoebel.de)):

„Der gemeinsame Antrag der Fraktionen FDP, SPD und Bündnis 90/die Grünen sieht unter anderem vor, dass zu Beginn des Kitajahres 2016/17 in Zusammenarbeit mit den Eltern ein Gebühren- und Benutzungsmodell entworfen wird, das sich den gegenwärtigen Gegebenheiten anpasst. Flexible Benutzungsmodelle stehen dabei ebenso auf der Agenda wie Kita Plätze, die auch langfristig für alle Eltern bezahlbar bleiben. Dabei ist es wichtig Modelle zu erarbeiten, die keinen zu großen Verwaltungsaufwand erfordern.

Wir, die SPD Fraktion, fordern für Bruchköbel ein sozial gerechtes Kita Gebührenordnungsmodell. Sozial gerecht heißt für uns, eine Gebührensatzung, bei dessen Berechnung das Einkommen der Eltern zu Grunde gelegt wird. Eine stufenweise Erhöhung, wie hoch diese am Ende auch sein möge, bei der alle Eltern glei-

chermaßen belastet werden (egal ob sie finanziell dazu in der Lage sind, diese zusätzliche Belastung zu stemmen) ist für uns weder sozial verträglich noch gerecht.

Die Lebens- und Arbeitssituation der Familien in unserem Lande hat sich im letzten Jahrzehnt grundlegend verändert, so dass uns eine Berechnung nach Prozentsätzen nicht mehr angemessen erscheint. Die Vorlage des Magistrats ebenso wie der Änderungsantrag von CDU und BBB greifen im Hinblick auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit eindeutig zu kurz. Gebührenerhöhungen sind notwendig und wir werden uns diesem Schritt nicht verschließen, aber sie dürfen nicht dazu führen, dass in Zukunft Teile der Elternschaft das Kita-Angebot nur noch sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr nutzen können. Härtefallmodelle greifen hierbei zu kurz. Denn eine Mehrbelastung trifft besonders jene Familien, deren Einkommen gerade so hoch angesetzt ist, dass für sie eine solche Regelung nicht mehr greifen würde. Darüber hinaus berücksichtigen weder der Magistrat noch CDU und BBB, dass es notwendig ist, den Eltern zukünftig auch zeitlich flexiblere Angebote anzubieten. (...) Darüber hinaus sind wir grundsätzlich der Auffassung, dass Gebührenordnung und Nutzungsordnung eine Einheit darstellen. Daher wäre es aus unserer Sicht sinnvoller gewesen, wenn beide zusammen verhandelt und beschlossen worden wären.